

Arbeiterbewegung und Republik

09. November 2021, Hannover

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung lud am 09. November zu der Veranstaltung „Arbeiterschaft und Republik“ als Teil der Veranstaltungsreihe „Die goldenen Zwanziger? – Zur Geschichte der Weimarer Republik. Am Beispiel der Region Hannover“ in Hannover ein. Das Vorstandsmitglied des Forums für Politik und Kultur **Wilfried Gaum** eröffnete die Veranstaltung damit, dass er auf die Veranstaltungsreihe „Die goldenen Zwanziger“ aufmerksam machte und die Veranstaltung in den Kontext dieser einordnete. Die demokratische Republik sei der beste Kampfboden für den Aufbau des Sozialismus gewesen.

Darauf begann der Vortrag von **Peter Schulze**. Der Schwerpunkt in seiner Arbeit als Historiker



Dr. Peter Schulze

und Autor ist die lokale Geschichte von Hannover. In seinem Vortrag beschrieb er das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Republik, auch anhand von lokalen hannoverschen Ereignissen. Schulze begann seinen Vortrag mit einem SPD Wahlplakat von 1919. Dort wurden Arbeiter_innen mit dem Spruch „unsere soziale Republik“ dargestellt. Schulze glaubt, dass sich in einer sozialen Republik die rechte Gegenrevolution nicht hätte

durchsetzen können. Zentral war in Peter Schulzes Vortrag der Streik der Eisenbahner_innen in Hannover von 1919. Auf die entstehenden Streiks sozialdemokratisch geprägte Regierung mit Zuckerbrot und Peitsche. So wurde den Eisenbahner_innen mehr Essen angeboten, aber auch mit Entlassung im Streikfall gedroht. Der damalige Reichswehrminister Gustav Noske, ließ Bahnhöfe mit dem Militär besetzen, das Militär hatte Schießbefehl. Auch die

sozialdemokratische Zeitung „Volkswille“ sprach bei dem Streik vom „falschen Radikalismus“. Später kamen auch die Freikorps, welche Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten, nach Hannover und richteten „ein Blutbad“ an. Der Streik entlud sich also in Gewalt. Während die Eisenbahner_innen symbolisch für eine Entfremdung der Arbeiter_innen von der Weimarer Republik stehen, sah die SPD in den Protesten die Spartakisten als „dunkle Mächte am Wirken“. „Der Zersetzungsprozess der Weimarer Republik beginnt früh“ hielt Peter Schulze fest. Nur drei Mal in der Geschichte der Weimarer Republik hätten SPD und KPD zusammengearbeitet, was zu einer Massenmobilisierung geführt habe. Während die KPD ihre Hoffnungen in einer bolschewistischen Revolution sah, stützte die SPD ihre Hoffnungen in einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit in den Parlamenten. Für Peter Schulze sei dies eine „Illusion“ gewesen. So gewann die SPD 1929 in Hannover kommunal die absolute Mehrheit, hatte aber keinen Zugriff auf die lokale Regierung, sodass die SPD trotz der eigenen Mehrheit keinen Zugriff auf die Politik gewinnen konnte. Die SPD sah die Weimarer Republik als Staat der Arbeiter_innen, aber sie sei ein Wahrheit ein bürgerlicher Staat gewesen. Schulze hielt fest: „Die Schwäche der Arbeiter_innenschaft wird zur Schwäche der Republik, da sich ihre Riesenkräfte im Kampf gegeneinander verbrauchten, kam die Gegenrevolution zur Macht.“ Darauf begann Wilfried Gaum die Diskussion. Auf die Publikumsfrage nach dem Verhältnis von Friedrich Ebert und Rosa Luxemburg erläuterte Peter Schulze, dass durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten seit 1914 es zu einer Spaltung der SPD in Mehrheits-SPD und Unabhängige-SPD kam. Die SPD selbst verstand sich ab 1918 als Ordnungsmacht, was im deutlichen Gegensatz zur späteren KPD steht. Auf die Publikumsfrage, wieso die SPD es nicht vermocht habe, trotz Regierungsmacht die Bevölkerung langfristig zu mobilisieren erklärte Schulze, dass die sozialdemokratischen Repräsentanten im System nicht die gesellschaftliche Macht hinter sich hatten. Das Ziel der absoluten Mehrheit der SPD hatte, wie Hannover zeigte „0 Wirkung, nichts, gar nichts.“ Die SPD habe hierbei ihre eigene Machtlosigkeit nicht kommunizieren wollen.

Zum Schluss fragte Wilfried Gaum nach dem Common understanding, dass die SPD Realpolitik machte und die KPD „Irrealpolitik“. Schulze erläuterte, dass auch die SPD mit ihrem Ziel der absoluten Mehrheit die Realität verweigert hatte. Nach der Ermordung von Walther Rathenau haben SPD und KPD Massen von Arbeiter_innen am Waterlooplatz mobilisieren können. Dies verdeutlicht nochmal die Dramatik der Spaltung der Arbeiter_innenbewegung für die Weimarer Republik. Nach 1945 wurde die „Riege der SPD von Aktivisten wie Willy Brandt übernommen, weil die alte Riege sich komplett verbrannt hat“ verdeutlichte Schulze.